

Khol || Karner || Sobotka || Rausch || Ofner (Hg.)

Österreichisches

**2021** | **Jahrbuch  
für Politik**





# Österreichisches Jahrbuch für Politik 2021

Herausgegeben von Andreas Khol, Stefan Karner,  
Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch und Günther Ofner

Böhlau Verlag Wien · Köln

Redaktion: Dr. Christian Moser-Sollmann  
Redaktionssekretariat: Dr. Saskia Dragosits  
Anschrift: Tivoligasse 73, 1120 Wien  
Tel.: 01 / 81420-19  
E-Mail: christian.moser-sollmann@politische-akademie.at

Eine Publikation der Politischen Akademie

Umschlagentwurf: Rebecca Ruminak  
Satz: Böhlau Verlag, Wien  
Typographie: Corporate S und Bembo  
Druck und Bindung: Generaldruckerei, Szeged

© Politische Akademie 2022  
Alle Rechte vorbehalten

Böhlau, ein Imprint der Brill-Gruppe  
ISBN 978-3-205-21515-8  
ISSN: 0170-0847

# Inhalt

XI Vorwort der Herausgeber

## LEITARTIKEL

- 3 BETTINA RAUSCH: Polarisierung, Skandalisierung, Moralisierung. Ein schwieriges Jahr für Demokratie und Politik  
17 WOLFGANG SOBOTKA: Veränderung schafft Hoffnung. Die Ära Kurz

## WAHLEN

- 105 KARL JURKA: Von Angela Merkel zu Olaf Scholz. Deutschlands Jahr des Regierungswechsels  
117 ANDREA RÖMMELE: Bundestagswahl 2021

## INNENPOLITIK

- 127 WERNER ZÖGERNITZ: Unterschiede zwischen den Verfahren in Untersuchungsausschüssen und bei Gerichten/Ermittlungsbehörden  
141 HANS WINKLER: Grüne Erpressung und linke Geschichtspolitik  
149 ANDREAS UNTERBERGER: Er oder wir: Weg mit Kurz! Hintergründe und politische Motive der Kurz-muss-weg-Agitation  
163 KATHRIN STAINER-HÄMMERLE: Toter Oktober. Wie die Sozialdemokratie die Koalitionskrise nicht nutzen konnte  
175 BARBARA STELZL-MARX: KPÖ-Wiedererwachen? Eine Einordnung der Verklärung

- 189 ANDREAS KHOL: Wie aus politischen Unterstellungstribunalen wieder parlamentarische Untersuchungsausschüsse werden könnten
- 211 PAUL SCHLIEFSTEINER: Ein wert(e)utraler Staatsschutz? Über die Vorstellung von der „Entpolitisierung“ des Politischen
- 223 INDRA COLLINI: NEOS – aus der Mitte für die Mitte
- 229 PETER PELINKA: 2021, ein wildes Jahr – auch für die SPÖ
- 235 MARIA MALTSCHNIG: SPÖ – ein breiter Vertretungsanspruch für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt
- 241 ANTONIA GÖSSINGER: Die Kickl-FPÖ. Die neuen Königsmacher?
- 247 LOTHAR HÖBELT: «Travailler pour le roi de Prusse». Der kontraproduktive Kickl-Kurs
- 255 BERNHARD HEINZLMAIER: Die grüne Renaissance. Ökologischer Fanatismus und ideologischer Reinheitswahn
- 263 FELIX EHRNHÖFER/JULIA PREINERSTORFER: Der grüne Wandel
- 271 MAGNUS BRUNNER: Die ökosoziale Agenda der Bundesregierung. Die ökosoziale Steuerreform

2021 AUS DER SICHT DER BEOBACHTER

- 283 CHRISTIAN ULTSCH: Das unberechenbare Jahr der Brüche
- 289 ALOIS VAHRNER: (Um-)Brüche und Überraschungen
- 295 ANDREAS KOLLER: Vertrauenskrisen allerorten
- 301 RICHARD GRASL: Die sich nicht erfüllende Prophezeiung
- 309 MICHAEL VÖLKER: Im Infight mit der Justiz
- 317 WALTER HÄMMERLE: Wider die falschen Propheten
- 323 MEINRAD KNAPP: Das Problem mit den Prognosen
- 331 HANS BÜRGER: Die schwierigen (ungeraden) Jahre in Österreich
- 341 GERNOT BAUER: Die Prognose als Wille und Vorstellung

DIE CORONA-KRISE IM ZWEITEN JAHR

- 349 DAVID CHRISTOPHER JAKLIN: Falsch- und Desinformation im zweiten Jahr der Corona-Pandemie. Einflussnahme (inter)nationaler Akteure und soziale Resilienz im Kontext hybrider Bedrohungen
- 361 FRANZ SCHAUSBERGER: Corona und Föderalismus im Jahr 2021
- 377 WOLFGANG STEINER: Überlegungen zur Weiterentwicklung der (Verfassungs-)Rechtslage zum Katastrophenschutz

EUROPA

- 393 OTHMAR KARAS: Der EU-Billionen-Kraftakt für Grün, Sozial & Digital. Die EU stellt mitten in der Coronakrise historische Weichen
- 411 KAROLINE EDTSTADLER: Herausforderungen im Verfassungsbereich. Regelung der Beihilfe zum Suizid, Abschaffung des Amtsgeheimnisses
- 421 GÜNTHER OFNER: Wenn Schildbürger Energiewende spielen. Europa auf dem Weg in ein Blackout

MEDIEN

- 433 RUDOLF BRETSCHEIDER: Meinungsumfragen als Meinungsgegenstand

WISSENSCHAFT

- 441 PHILIP PLICKERT: „Cancel Culture“ als Bedrohung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit
- 455 MANFRED PRISCHING: Wertewandel in der Zweiten Moderne
- 477 MARTIN DOLEZAL/DIETMAR HALPER/KLAUS POIER: Kampagneneffekte durch persönliche Kontakte? Ergebnisse eines im Rahmen der oberösterreichischen Landtagswahl 2021 in Wels durchgeführten Wahlkampfexperiments

- 485 THOMAS WALTER KÖHLER/CHRISTIAN MERTENS: Ein Grundsatzdenker wird 80. Andreas Khol – eine ideengeschichtliche Bilanz
- 495 WOLFGANG BACHMAYER: Nicht die Demokratie verliert Vertrauen, sondern Politik und Medien
- 505 GABRIEL FELBERMAYR: Corona in Österreich. Was geschah, und was jetzt ansteht
- 519 MARTIN KOCHER: Reformen am österreichischen Arbeitsmarkt

#### ZEITGESCHICHTE

- 535 FARUK AJETI: 30 Jahre Unabhängigkeit Slowenien und Kroatien. Die Rolle österreichischer Politiker
- 547 SUSANNE RAAB: Mädchen und Frauen als Motoren der Integration
- 557 TRISTAN PÖCHACKER/WOLFGANG SOBOTKA: Parlamentssanierung – der Countdown läuft!
- 569 ALEXIS WINTONIAK: Zur Generalsanierung des Parlamentsgebäudes. Eine Zusammenfassung 2011–2021
- 583 CHRISTOPH LEITL: Julius Raab – retro?
- 587 PAUL M. ZULEHNER: Von der Nachhut zur Vorhut. 130 Jahre Rerum Novarum
- 601 PAUL MYCHALEWICZ: Die christliche Gewerkschaftsbewegung am Beginn der Ersten Republik
- 609 PATRICK GRIESSER/WOLFGANG SOBOTKA: Simon-Wiesenthal-Preis. Über die Auszeichnung sowie die Bekämpfung des Antisemitismus allgemein
- 623 ALEXANDER PURGER: Satirischer Jahresrückblick: Was 2021 zum Glück alles nicht passiert ist
- 
- 631 Biografien der Herausgeber und Autoren
- 639 Personenregister
- 641 Sachregister

V O R W O R T   D E R   H E R A U S G E B E R

## **Die erste Adresse bei Corporate Public & Legal Communications**



Image und Reputation sind für den Erfolg eines Unternehmens zunehmend die entscheidenden Faktoren. Denn die Öffentlichkeit urteilt binnen kürzester Zeit auf Grund der auf unterschiedlichsten Kanälen verfügbaren Informationen. Dieser Entwicklung folgend setzen wir bei Rosam Grünberger Jarosch & Partner das gesamte Spektrum der klassischen Kommunikationsarbeit ein: **Corporate, Public und Legal Communications.**



**RGJ-Partner.**

Martin Himmelbauer, Silvia Grünberger, Wolfgang Rosam, Gerhard Jarosch

Foto: Jan Ehm

## Vorwort der Herausgeber

Schon das Vorwort des Jahrbuchs 2020 war von der Dramatik des Jahres 2020 geprägt: von den sich überstürzenden Ereignissen, von der Pandemie, von all den Begleiterscheinungen. Wir kamen zum Schluss, das Jahr 2020 sei nur mit den Jahren 1918 und 1945 zu vergleichen. Da hatte das Jahr 2021 gerade erst begonnen. Es wurde ein noch wesentlich dramatischeres als das vorangegangene.

Das Jahr 2021 war in Österreich – wie auf der ganzen Welt – von der Pandemie geprägt: von Hoffnungen mit der Anwendung des Impfstoffs, von neuerlichen Katastrophen mit neuen Varianten des Virus, mit ungeahnten Impfdurchbrüchen. Dazu kam in Österreich die Dramatik eines innenpolitischen Jahres, das durch den neuerlichen Sturz von Bundeskanzler Sebastian Kurz gekennzeichnet war. Er wurde vor allem Opfer eines Zusammenwirkens aller anderen Parteien, auch des grünen Regierungspartners. Der Entzug ihrer Unterstützung und die Androhung der Grünen, mit den anderen Oppositionsparteien dem Kanzler das Misstrauen auszusprechen, hatten seinen Rückzug aus dem Amt zur Folge. Im Zusammenhang mit dem Ibiza-Untersuchungsausschuss (künftig: UA) wurde eine explosive politische Gemengelage erzeugt. Der Befragungsstil der vier Parteien (drei Oppositionsparteien und die grüne Regierungspartei), Strafanzeigen von immunen Abgeordneten, öffentliche Diskussionen im Zeichen der Schuldvermutung, die Sprengkraft europarechtswidrig beschaffter und verwendeter elektronischer Daten, die verfassungswidrig und rechtswidrig gestalteten Ermittlungen in zahlreichen Strafverfahren (der Großteil nach monatelangen Anprangerungen und Scherbengerichten sang- und klanglos eingestellt), das ständige Durchstechen geheimer Unterlagen an Medien, die nahezu einheitliche, von Schuldvermutungen geprägte veröffentlichte Meinung, geführt von ORF und manchen Zeitungen und Zeitschriften, erreichten eine solche Intensität und Dichte, wie man es bisher nicht gekannt hatte.

Unser Jahrbuch steht ganz im Zeichen der Pandemie und des „Abschusses“ des Bundeskanzlers.

Mitherausgeber Wolfgang Sobotka würdigt die politische Bilanz der Ära Kurz.\* Mitherausgeberin Bettina Rausch analysiert unter anderem die politischen Ereignisse, die zu seinem Sturz führten. Beide Beiträge stellen wir dem Jahrbuch als unsere Leitartikel voran.

Mitherausgeber Andreas Khol arbeitet anhand der Analyse des Verfahrens des UA und der damit verwobenen strafrechtlichen Vorverfahren peinliche zehn Fragen an die Verantwortlichen für strafrechtliche Ermittlungsverfahren heraus. Für das Verfahren schlägt er zehn Änderungen der maßgebenden Gesetze vor. Drei andere Autoren arbeiten auf dem gleichen Feld: Werner Zögernitz stellt die Unterschiede zwischen UA und Gerichten dar, während Andreas Unterberger Hintergründe der „Kurz muss weg!“-Agitation beleuchtet. Hans Winkler schildert die „Grüne Erpressung“, die den Rückzug von Kurz bewirkte.

Ein großer Teil des Jahrbuchs ist der Entwicklung der fünf im Nationalrat vertretenen Parteien gewidmet – sie alle haben sich im Zuge der Pandemie und der Kanzler-Jagd substantiell verändert. Kathrin Stainer-Hämmerle befasst sich mit dem Ende der Vranitzky-Doktrin in der SPÖ, welche die Zusammenarbeit der SPÖ mit der FPÖ betrifft. Barbara Stelzl-Marx aus Graz konzentriert ihren Beitrag auf das „KPÖ-Wiedererwachen“ in dieser Stadt und ordnet die „Verklärung der KPÖ“ politisch ein. Eine Reihe von Autoren runden diesen Schwerpunkt durch Untersuchungen zum Wertewandel ab: Manfred Prisching, Thomas Köhler und Christian Mertens sowie Wolfgang Bachmayer.

Eine erlesene Runde von Spitzenjournalisten analysiert das Jahr 2021, das die Problematik aller Prognosen unter Beweis stellt: Pandemieprognosen, Voraussagen von Wirtschaftskatastrophen, der Regierungswechsel in Deutschland, andere politische Prognosen. Alle Autoren bestätigen das Phänomen der fehleranfälligen Prognosen in unruhigen politischen Zeiten. Aus ihm entstand, befördert durch entsprechende Berichterstattung, ein Vertrauensverlust in die Regierenden. Eine gängige Vorgangsweise war dafür ursächlich: Politiker werden bedrängt, Fragen zur ungewissen Zukunft zu

\* Ein außergewöhnliches Jahr und ein außergewöhnlicher Politiker bringen ein außergewöhnliches Jahrbuch. Um der Nachwelt das Außergewöhnliche zu vermitteln, bringen wir 86 Seiten Kurzbilanz und Würdigung. Geplant war ein Drittel davon ... wir konnten einfach nicht kürzen, die Fakten müssen auf den Tisch und im Jahrbuch auf viele Jahre leicht zugänglich bleiben! Andreas Kohl.

beantworten und geben schließlich dem Drängen nach. Treten dann später ihre stets vorsichtig und zögernd geäußerten voraussichtlichen Entwicklungen nicht ein, weil sich fundamental neue und unerwartbare, nicht vorhersehbare „Game Changer“ einstellen (Mutationen, Impfdurchbrüche, verändertes Ansteckungsverhalten u. v. a. m.), werden aus Prognosen plötzlich Versprechen, aus dem Nichteintreten der Prognose wird flugs ein Bruch eines Versprechens abgeleitet und aus der Prognose plötzlich eine Lüge des Politikers und daraus der Schluss: Alle Politiker lügen.

Ein weiterer großer Schwerpunkt betrifft die Verfassungsfragen, die mit der Pandemie und der allgemeinen Entwicklung zusammenhängen: Karoline Edtstadler, Franz Schausberger und Wolfgang Steiner stellen die verfassungsrechtlichen Änderungsnotwendigkeiten des nationalen und internationalen Katastrophenschutzes dar: Transparenz (das moralisierende elfte Gebot des Zeitgeists) und den mangelhaften Grundrechtsschutz bei der Verwertung gestohlener Daten und von elektronischen Daten überhaupt.

Klimaschutz, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, ökosoziale Steuerreform, Herausforderungen der „grünen“ Energiepolitik, Staatsfinanzen: Auf diesen Gebieten geschahen wesentliche Veränderungen – ob es Reformen sind, wird sich weisen. Jedenfalls befassen sich damit im Jahrbuch Spitzenwissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsfachleute – so Mitherausgeber Günther Ofner, Finanzminister Magnus Brunner, der neue Chef des WIFO Gabriel Felbermayr, Arbeitsminister Martin Kocher u. a. m.

Wichtige Einzelthemen behandeln Othmar Karas (gerade eindrucksvoll zum 1. Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählt), der den neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2021 bis 2027 analysiert. Faruk Ajeti behandelt die Rolle österreichischer Politiker bei der Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien vor 30 Jahren. Susanne Raab stellt die Integrationspolitik dar – Integration vor Zuwanderung. Paul Michael Zulehner würdigt die vor 130 Jahren verkündete päpstliche Enzyklika *Rerum Novarum*, mit der die katholische Soziallehre begründet wurde. Vor 130 Jahren wurde auch Julius Raab geboren, Vater von Staatsvertrag und Neutralität und Begründer der Sozialen Marktwirtschaft in Österreich. Ihn würdigt Christoph Leitl.

Am Staatsfeiertag 2022 wird Wolfgang Sobotka als Nationalratspräsident in das neu gestaltete, ausgebaute und vollkommen instand gesetzte Par-

lament am Ring einladen. Zusammen mit Tristan Pöchhacker stellt er in einem Artikel das Parlamentsgebäude in den größeren Zusammenhang seiner Bedeutung für die österreichische Demokratie und erläutert auch den neu geschaffenen, jährlich verliehenen Simon-Wiesenthal-Preis des Parlaments. Alexis Wintoniak schildert dieses außergewöhnliche Projekt in seinen bautechnischen Details und Abläufen.

Wir hoffen, dass auch dieses Jahrbuch seinen Weg in die Bibliotheken von jenen findet, die sich als Wissenschaftler, Medienarbeiter oder Politiker in Stadt und Land mit der Gestaltung der Geschicke unseres Landes befassen!

Wien, am 25. Jänner 2022  
Die Herausgeber

L E I T A R T I K E L



BETTINA RAUSCH

## **Polarisierung, Skandalisierung, Moralisierung**

### **Ein schwieriges Jahr für Demokratie und Politik**

*Das Jahr 2021 war – auch – geprägt von Fragen politischer Kultur und Diskursfähigkeit. Der Umgang mit der Volkspartei und dem ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz sowie der Umgang mit der Corona-Pandemie zeigt Herausforderungen, die Bestand haben werden.*

*Polarisierung, Skandalisierung, Moralisierung, parteipolitische Instrumentalisierung von parlamentarischen Einrichtungen und staatsanwaltlichen Ermittlungen und das Messen mit zweierlei Maß sind Entwicklungen, die an den Grundfesten von Demokratie und Rechtsstaat rütteln. Zu oft hat die politische Auseinandersetzung Grenzen überschritten. Überlegungen zum Verständnis einer Bürgergesellschaft sind eine Chance, das Vertrauen in Demokratie und Politik wieder zu stärken.*

Der traurige Höhepunkt eines Jahres, das uns mit vielen Fragen nach der Zukunft von politischem Anstand, Debattenkultur und demokratischer Auseinandersetzung zurücklässt, war wohl das Cover einer „satirischen“ Beilage in der Wiener Stadtzeitung Falter. Aus der Ablehnung der Volkspartei im Allgemeinen und der Person Sebastian Kurz im Besonderen haben die Zeitung und ihre in den sozialen Medien höchst präsenten Akteure nie einen Hehl gemacht, journalistische Äquidistanz musste hinter die persönliche Meinung mit moralischem Absolutheitsanspruch zurücktreten. Zu Jahresende, Kurz war bereits zurückgetreten, gestalten diese Akteure also ein Cover, das die Lebensgefährtin von Kurz mit entblößter Brust und Baby im Arm zeigt, rund um sie mehrere Männer, die wohl Kurz und andere Politiker darstellen sollen. Eine tiefergehende – gar politische – Botschaft erschließt sich Betrachterinnen und Betrachtern nicht. „Witzig finden das wohl nur die Macher der Zeitschrift selbst“ urteilt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“<sup>1</sup>; selbst Hans Rauscher bezeichnet das Cover in der Zeitung „Der Standard“ – Autor wie Medium der Kurz-Nähe völlig unverdächtig – als „Übergriff und überhaupt nicht lustig“<sup>2</sup>.

Abgesehen von Ärger und Unverständnis, die die dargestellte Mutter – eine Privatperson ohne politische Funktion – und ihr familiäres, persönliches Umfeld empfinden, stellt sich die Frage, wie es so weit kommen konnte. Immerhin handelt es sich ja nicht um einen Tweet, der, möglicherweise im Zustand emotionaler Erregung und ohne Kontrollinstanz, auf die Schnelle abgesetzt wurde, sondern um ein Cover, an dem von der Idee über die Umsetzung bis hin zum Druck mehrere Menschen beteiligt waren.

Die Aufmerksamkeit für Sexismen aller Art ist in den letzten Jahren gestiegen, auch unbedachte Alltagssexismen werden heute zu Recht thematisiert und kritisiert. Gerade der erwähnte „Falter“ leistet dazu wichtige und positive Beiträge. Umso verstörender ist es für viele, dass ebendieses Medium sich der Sexualisierung in derart primitiver Form bedient. Es drängt sich der Eindruck auf, dass moralisch Verwerfliches legitimiert wird, wenn es sich nur gegen die vermeintlich „Richtigen“ richtet. Man stelle

1 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kritik-an-sebastian-kurz-satire-sexistisch-und-geschmacklos-17699244/witzig-finden-das-wohl-nur-die-17699243.html>

2 <https://www.derstandard.at/story/2000132117477/schuss-ins-knie>

sich nur vor, ein bürgerliches Medium würde die kommunistische Grazer Bürgermeister Elke Kahr oder die SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner in einer Fotomontage mit entblößter Brust zeigen, um damit was auch immer zu illustrieren. Die Aufregung wäre riesengroß und das zu Recht. Forderungen nach Inseratenstopps und Streichung der Presseförderung würden laut. Den Falter betreffend war davon nichts zu hören. Zweierlei Maß scheint sich zu einer legitimen Maxime zu entwickeln, wie wir im Jahr 2021 mehrmals erleben konnten. Das Falter-Cover war nur eine besonders drastische Grenzüberschreitung einer bedenklichen Entwicklung.

### **Demokratie und politische Kultur**

Von einem Jahr mit besonderen Herausforderungen für Demokratie und politische Kultur sprechen und schreiben Beobachterinnen und Beobachter des politischen Geschehens, auch viele politische Akteurinnen und Akteure – quer durch die politischen Spektren, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, je nach Standort – schließen sich dem Befund an. So arg sei es noch nie gewesen, wird ein Höhepunkt einer durchaus schon länger andauernden Entwicklung konstatiert. „Verrohung der Sprache“, „Spaltung der Gesellschaft“ und „Diffamierung politischer Mitbewerberinnen und Mitbewerber“ sind häufige Beschreibungen der kritisch beleuchteten Entwicklungen.

Wobei man sich in Österreich nicht auf einer „Insel der Unseligen“ wähnen sollte. Ähnliche Entwicklungen werden international, jedenfalls in westlichen Demokratien, beobachtet, spätestens seit der ersten Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten (November 2016) und dem Referendum für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Juni 2016). Der britische Journalist und Politikwissenschaftler David Goodhart analysiert anhand dieser beider Beispiele, dass breite Bevölkerungsgruppen, die durch lokale und regionale Verwurzelung, niedrigere formale Bildung und geringere Einkommen charakterisiert sind, ihre Anliegen im politischen Diskurs nicht ausreichend wiederfänden, da dieser von elitären Gruppen und deren Anliegen dominiert werde<sup>3</sup>. Den

3 Goodhart, David (2017): The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics.

Verlauf gesellschaftlicher Spaltung sieht er also zwischen den beiden Gruppen, die er „Somewheres“ und „Anywheres“ nennt.

Im Österreich des Jahres 2021 waren es zwei Themen, die oben genannte Entwicklungen befeuert haben: die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (so wie im größten Teil der Welt) sowie die Person Sebastian Kurz (als österreichisches Spezifikum). Andere Themen mit ähnlichen Konfliktpotenzialen – wie Klimaschutz, Migration oder die Zukunft der Europäischen Union, um nur beispielhaft drei zu nennen – wurden in den Hintergrund gedrängt, was uns aber nicht zur Illusion führen sollte, dass sie nicht wiederkämen.

### **Tonalität und Emotionalität politischer Kritik**

Sebastian Kurz hat Österreich zehn Jahre lang geprägt, als Staatssekretär, als Außenminister und zuletzt als Bundeskanzler<sup>4</sup>. Viele Errungenschaften dieser zehn Jahre werden noch nachhaltig positiv wirken. Zum Thema Integration hat er einen pragmatisch-positiven Zugang unter dem Motto „Integration durch Leistung“ etabliert, Österreichs Rolle in Europa und in der Welt hat er gestärkt – von der Ukraine-Krise über europapolitische Aspekte in der Migrationsfrage und als Vorkämpfer für den EU-Beitritt der Staaten des Westbalkans bis hin zu den engen Beziehungen zu Israel –, lange verschleppte Reformprojekte wie die Zusammenlegung der Krankenkassen hat er umgesetzt, den Familienbonus eingeführt, sein zentrales Anliegen der Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern konsequent in mehreren Stufen vorangetrieben und schließlich die Ökosoziale Steuerreform auf den Weg gebracht. Aber es waren über all die Jahre stets weniger die konkreten politischen Projekte, an den sich Kritikerinnen und Kritiker abgearbeitet haben, vielmehr waren es die politische Persönlichkeit und auch die private Person Sebastian Kurz selbst, die stetigen Angriffen ausgesetzt war.

Hass und Häme haben ihn von Anfang an begleitet. Selten hat ein Politiker (und auch keine Politikerin) in Österreich stärker polarisiert: Auf

4 Vgl. für eine ausführliche Darstellung des politischen Weges von Sebastian Kurz den Beitrag von Wolfgang Sobotka in diesem Jahrbuch für Politik 2021.

der einen Seite Fans und persönliche Unterstützerinnen und Unterstützer in einem in der österreichischen Politik bisher nicht bekannten Ausmaß, vergleichbar allenfalls mit der Unterstützung für Bruno Kreisky (Bundeskanzler 1970–1983), wenn auch in anderer Form in einer anderen Zeit. Auf der anderen Seite Kritikerinnen und Kritiker, die mit Verve und Inbrunst alles verteufelten, was er tat, sagte oder man ihm irgendwie zuschreiben konnte. Ähnlich, wenn auch aus heutiger Sicht betrachtet doch noch wesentlich harmloser, ging es Wolfgang Schüssel (Bundeskanzler 2000–2006). Es drängt sich das Gefühl auf, dass es vor allem Bundeskanzler aus der Volkspartei sind, die die volle Wucht der Kritik in überbordender Emotionalität trifft, wenn auch erst in diesem Jahrtausend – den letzten Volkspartei-Bundeskanzler vor Schüssel (Josef Klaus, Bundeskanzler 1964–1970) betreffend sind derartige Anfeindungen nicht überliefert.

In Rede steht hier Kritik, die weit über – in einer pluralistischen Demokratie immer erlaubte, ja sogar notwendige – sachliche Kritik hinausgeht, manchmal auch im Inhalt, vor allem aber in Tonalität und Emotionalität. Es ist immer eine Gratwanderung, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Volkspartei monieren, dass es für eine Meinungselite einfach nicht okay sei, wenn ein Bürgerlicher Bundeskanzler ist. Auffällig ist jedenfalls, dass die Anfeindungen dann am stärksten sind, wenn der Rückhalt der Angefeindeten in der Bevölkerung besonders groß ist – man denke an die Wahlergebnisse von Wolfgang Schüssel 2002 (42,3 %) und Sebastian Kurz 2019 (37,5 %).

Bemerkenswert ist speziell im Fall von Kurz der auffällige Gleichklang von Links und Rechts. Unter dem Motto „Kurz muss weg“ haben sich SPÖ und FPÖ gleichermaßen wiedergefunden, die SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner war sogar bereit, einen SPÖ-Parteitagsschluss schlicht zu ignorieren, um mit der FPÖ gemeinsame Sache in einer Koalition gegen Kurz zu machen. Der gemeinsame Feind in einer Person steht offenbar über inhaltlichen Grundsätzen.

## Die Justiz ermittelt

Es waren im Jahr 2021 weniger inhaltliche Auseinandersetzungen, keine Differenzen in der Sache, die die Kritik an Kurz befeuert hätten. Vielmehr

war es ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss<sup>5</sup> in Kombination mit Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, der die Munition für die Jagd auf Kurz liefern sollte. Obwohl der eigentliche Zweck eines Untersuchungsausschusses die Aufklärung politischer Verantwortung sein sollte, stand für die vereinigte Opposition das Ergebnis schon von Anfang an fest: Kurz ist schuld, Kurz muss weg. So diente der Untersuchungsausschuss nur mehr dazu, Auskunftspersonen „vorzuführen“, als wären sie Beschuldigte vor einem Tribunal und Informationen aus staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren und anderen Quellen, die aus guten – rechtsstaatlichen – Gründen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, an ebendiese Öffentlichkeit zu zerren. So werden wichtige parlamentarische und rechtsstaatliche Verfahren für politische Kampagnenführung anstatt sachliche Aufklärung instrumentalisiert. Ebendies trägt zum Verlust des Vertrauens in Demokratie und Rechtsstaat bei und führt letztlich zu Misstrauen bis hin zu offener Ablehnung „der Politik“ im Allgemeinen.

Die Instrumentalisierung der Justiz für parteipolitische Zwecke war ein wesentliches Element der Kampagne gegen Kurz. Die Politische Akademie hat die Problematik schon im Frühjahr bei einem Online-Symposium<sup>6</sup> thematisiert, handelt es sich doch um eine Methode, die auch international immer wieder angewandt wird, auch gegen Politikerinnen und Politiker. Die Vorgangsweise ist immer ähnlich: Es kommt zu einer Anzeige – gerne auch anonym – die Justiz ermittelt, wie es ihr Job ist, die Medien berichten, meist aufgeregt hechelnd, dass die Justiz ermittle, Details aus den Ermittlungen gelangen an die Öffentlichkeit – tendenziös und ohne Einordnung in Gesamtzusammenhänge. Am Ende entsteht das Bild erwiesener Schuld, bevor das Ermittlungsverfahren überhaupt abgeschlossen ist, geschweige denn ein unabhängiges Gericht Recht gesprochen hat. Die Vorverurteilung funktioniert, der rechtlich notwendige Hinweis auf die Unschuldsvermutung verkommt zur formellen Makulatur.

Zu Ende des Jahres 2021 kann man in einer Zwischenbilanz festhalten, dass viele der im Symposium der Politischen Akademie geäußerten

5 Vgl. zum Untersuchungsausschuss Khol, Andreas (2021): Der Ibiza-Untersuchungsausschuss auf abschüssigem Weg, in: Khol et al: Jahrbuch für Politik 2020

6 <https://politische-akademie.at/de/themen2/nachbericht-die-justiz-ermittelt>

Sorgen Wirklichkeit wurden. Monatelang wurde dem Nationalpräsidenten vorgehalten, zur Leitung des Untersuchungsausschusses ungeeignet zu sein, weil Ermittlungen gegen ihn liefen. Die Ermittlungen sind inzwischen eingestellt, was aber nur mediale Randnotizen wert war, Entschuldigungen seitens politischer Mitbewerberinnen und Mitbewerber für die ungerechtfertigten Vorwürfe blieben aus. Ebenfalls eingestellt wurden inzwischen Verfahren gegen Hartwig Löger, gegen Gernot Blümel, gegen Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes – mit ähnlichen Ergebnissen, nämlich kaum medialer Aufmerksamkeit und keinerlei Entschuldigungen.

Es ist der Justiz nicht vorzuwerfen, dass sie Ermittlungen anstellt, wenn Verdachtsmomente angezeigt werden. Sie muss sich aber den Vorwurf gefallen lassen, den Vorverurteilungen nicht mit aller Vehemenz entgegenzutreten und den Rechtsstaat zu verteidigen – immerhin handelt es sich bei der Unschuldsvermutung nicht nur um eine Bestimmung in der österreichischen Strafprozessordnung, sondern sogar um einen Grundsatz in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Was an den konstruiert wirkenden Vorwürfen gegen Kurz dran ist, bleibt zu Ende des Jahres noch offen – die Staatsanwaltschaft konnte sich bis zu Redaktionsschluss nicht zu einer Einstellung der Ermittlungen durchringen, aber auch keine rechtlich überzeugenden Argumente vorbringen. Aber fix ist: Was mit demokratischen Wahlen nicht erreicht wurde, ist auf diese Art gelungen. Am 2. Dezember 2021 trat Sebastian Kurz aus allen politischen Ämtern zurück.

## **Pandemie und Polarisierung**

Das zweite Thema, das die politischen Diskussionen des Jahres geprägt hat, war natürlich Corona. Eigentlich das erste, weil das aus Sicht der meisten Menschen wichtigere. Seit März 2020 beeinflusst, ja beherrscht das Coronavirus das tägliche Leben von uns allen. In der ersten Phase der Pandemie, im ersten Lockdown, ging ein Ruck von Solidarität und Zusammenhalt durch die Gesellschaft, die ersten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen (von Lockdown bis zu Wirtschaftshilfen und Kurzarbeit) wurden im Nationalrat einstimmig beschlossen, von einem „politischen Schulterchluss“ war die Rede.

Doch im Verlauf der Pandemie veränderte sich das Bild. Solidarität und Zusammenhalt wichen Individualismen und Interessenskonflikten. Nicht nur Entscheidungen von Regierung und Parlament wurden infrage gestellt, sondern auch die Erkenntnisse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurden angezweifelt. Verschwörungstheorien boomten und kommen in überraschend breiten Gesellschaftsschichten an. Politische Parteien wechselten politisches Kleingeld, anstatt einen positiven Diskurs im Sinne immer besserer Lösungen zu führen. Die Konflikte verhärteten, die Sprache verrohete – im Parlament, in den Medien und ja, auch in Freundeskreisen und Familien. Gesucht werden Schuldige, nicht Lösungen. Phänomene, die sich wiederum in allen westlichen, demokratischen Gesellschaften finden.

Dass die Impfung die einzige Chance für eine nachhaltige Eindämmung der Pandemie darstellt, ist in der medizinischen Fachwelt weiterhin weithin unumstritten. Am 27. Dezember 2020 wurde in Österreich die erste Impfung verabreicht, nach anfänglicher Impfstoffknappheit (inklusive des Kurzzeit-Phänomens der „Impf-Vordrängler“) stand seit dem Sommer 2021 ausreichend Impfstoff für alle zur Verfügung. Dennoch blieb die Impfquote in Österreich unter den epidemiologischen Notwendigkeiten, die Einführung einer Impfpflicht wurde seitens der Bundesregierung in Aussicht gestellt<sup>7</sup>. Eine Studie<sup>8</sup> der Statistik Austria zeigt, dass höhere Bildung und Erwerbstätigkeit mit einer höheren Impfquote einhergehen.

Die Demonstrationen der Impfgegnerinnen und Impfgegner sind der (hoffentlich nicht nur vorläufige) Höhepunkt einer Zuspitzung – und ein exemplarisches Beispiel für Entwicklungen, die uns Sorge bereiten sollten, und zwar in vielfacher Hinsicht. Während die Forderung nach dem „Recht auf eigene Meinung“ zu Recht hochgehalten wird, wird sie gleichzeitig unzulässig überinterpretiert als ein „Recht auf eigene Fakten“, wenn etwa auf den Demonstrationen faktenwidrig behauptet wird, dass die Impfung nicht wirke oder die Intensivstationen vorwiegend von Patientinnen und Patienten mit Impfschäden belegt seien. Auch auf einer Demonstration von einer

7 Zu Redaktionsschluss war die Impfpflicht noch nicht vom Parlament beschlossen.

8 [https://statistik.at/web\\_de/presse/127333.html](https://statistik.at/web_de/presse/127333.html)

Diktatur zu sprechen, wo doch gerade in einer Diktatur selbige Demonstration verboten wäre, ist unlauter.

Gleichermaßen muss man einer pauschalen Verunglimpfung der Demonstrantinnen und Demonstranten entgegenwirken. Viele von ihnen sind geplagt von Sorgen und Ängsten, die man ihnen nicht vorwerfen sollte und die man ihnen vor allem nicht durch Vorwürfe nehmen kann. Sie alle als „Rechte“ zu bezeichnen, ist weder richtig noch sinnvoll. Ungeachtet persönlicher Meinungen und Präferenzen sollte man in einer pluralistischen Demokratie allen das Recht auf Demonstrationen, das Recht auf die öffentliche Bekundung ihrer Sorgen und Anliegen zugestehen – das gilt für Impfgegnerinnen und Impfgegner genauso wie für Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten. Auch hier wird fallweise mit zweierlei Maß gemessen.

Nach der Solidarisierung folgte also die Politisierung, mit bedenklichen Folgen für die Demokratie – Institutionen wie Parlamente, Regierungen, politische Parteien und auch Politikerinnen und Politiker als Trägerinnen und Träger von Demokratie kommen unter Druck.

### **Politik als demokratischer Diskurs**

Insgesamt ging im Jahr 2021 eine Entwicklung weiter, wonach „die Politik“ grundsätzlich unter Negativ-Verdacht steht, während das Eintreten für „die Demokratie“ selbstverständlich zum guten Ton gehört. Der offensichtliche Widerspruch wird gerne übersehen – ist doch „Demokratie“ ohne „Politik“ nicht denkbar (umgekehrt gibt es in autoritären Staatsformen durchaus auch Politik). Demokratie bedeutet im Wortsinn die „Herrschaft des Volkes“, im modernen Verständnis also vor allem die Auswahl der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger durch die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufgrund des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechts<sup>9</sup>. Der Begriff „Politik“ geht zurück auf die griechische Polis und bezeichnet seitdem die Regelung des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen. Nach Thomas Meyer, deutscher Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Demokratietheorie, erzeuge politisches

9 Vgl. in Bezug auf den Nationalrat Art. 26 Bundes-Verfassungsgesetz